

## Vorlage Nr. 031/23

Betreff: **Vierteljährlicher Bericht über die finanzielle Lage im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden**

Status: öffentlich

### Beratungsfolge

Rat der Stadt Rheine	17.01.2023	Berichterstattung durch:	Herrn Krümpel
----------------------	------------	--------------------------	---------------

### Betroffenes Leitprojekt/Betroffenes Produkt

Produkt 5302	Bauverwaltung
Produkt 8101	Betreuung von Migranten und Migrantinnen
Produkt 8102	Förderung der Integrationsarbeit
Produkt 8103	Hilfen für Asylbewerber
Produkt 9010	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe 02	Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
Produktgruppe 21	Jugendamt
Produktgruppe 52	Gebäudemanagement
Produktgruppe 71	Service Organisation
Produktgruppe 72	Service Personal
Produktgruppe 85	Schulen

### Finanzielle Auswirkungen

<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein		
<input type="checkbox"/> einmalig	<input type="checkbox"/> jährlich	<input checked="" type="checkbox"/> einmalig + jährlich	
<b>Ergebnisplan</b>		<b>Investitionsplan</b>	
Erträge	1.727.400 €	Einzahlungen	1.250.000 €
Aufwendungen	1.426.100 €	Auszahlungen	1.590.300 €
Erhöhung Eigenkapital	301.300 €	Eigenanteil	340.300 €
<b>Finanzierung gesichert</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein		
durch			
<input type="checkbox"/> Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt			
<input checked="" type="checkbox"/> sonstiges (siehe Begründung)			

**Beschlussvorschlag/Empfehlung:**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt den Bericht über die finanzielle Lage im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von schutzsuchenden Personen aus der Ukraine mit Stand zum 31.12.2022 zur Kenntnis.

**Begründung:**

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hat im April 2022 eine Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchende) verkündet, die Regelungen zum Umgang mit notwendigen Aufwendungen und Auszahlungen in diesem Zusammenhang trifft.

Gemäß § 6 Abs. 1 KommunalhaushaltsrechtsänderungsVO UA-Schutzsuchende berichtet die Kämmerin oder der Kämmerer vierteljährlich über Erträge und Aufwendungen sowie über Einzahlungen und Auszahlungen (einschließlich der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung oder von Krediten für Investitionen) im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden.

Der Bericht ist nach § 6 Abs. 2 der Verordnung der Aufsichtsbehörde zuzuleiten.

Bezüglich der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden aus der Ukraine sind diverse Maßnahmen und Projekte in der Planungs- und Umsetzungsphase, wie z. B. der Bau und die Einrichtung einer Containeranlage am Helenenweg. Weiterhin werden zur nachhaltigen Integration neben der Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden auch Maßnahmen des alltäglichen Lebens erforderlich, wie z. B. die Kinderbetreuung, die Beschulung und Bildung.

In der beigefügten Übersicht (Anlage 1) werden die Erträge und Aufwendungen sowie investiven Ein- und Auszahlung mit Stand zum 31.12.2022 dargestellt. Zahlungen, die erst nach dem 31.12.2022 zahlungswirksam werden, werden im nächsten Vierteljahresbericht dargestellt.

In der aktuellen Gesamtbetrachtung übersteigen die Erträge rechnerisch den Betrag der Aufwendungen. Dies ist insbesondere auf die bereits erfolgten Pauschalerstattungen des Bundes zurückzuführen, mit denen bereits in Anspruch genommene, aber noch nicht abgerechnete Leistungen ebenso wie künftige Bedarfe abgedeckt werden müssen. Der vorliegende Bericht enthält bereits erste Berechnungen zu den Personalaufwendungen, die im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung von ukrainischen Schutzsuchenden in 2022 angefallen sind. Eine abschließende Ermittlung erfolgt im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten. Die bislang komplett der Produktgruppe 72 „Service Personal“ zugeordneten Personalaufwendungen werden dann produktscharf aufgeteilt werden. Das konkrete Ergebnis wird im nächsten Bericht dargestellt.

Die Stadt Rheine hat für den Bau einer Containeranlage am Helenenweg ein zinsvergünstigtes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (kfw) in Höhe von 1,25 Mio. EUR in Anspruch genommen. Die Maßnahme ist nahezu fertiggestellt. Die Kosten für die Herstellung und Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften übersteigen die Einzahlungen aus dem o. g. Darlehensbetrag um rund 340 TEUR.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Vielzahl und der Umfang der Aufgaben den städtischen Haushalt auch nach Abzug der gewährten Bundesmittel merklich belasten werden.

**Anlage:**

Übersicht über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden mit Stand 31.12.2022